

's Rote Männle



Informationen von Josip Juratovic MdB

7. Ausgabe • September 2011

*Sehr geehrte Damen und Herren,
Liebe Freundinnen und Freunde,*

es ist Halbzeit der schwarz-gelben Koalition in Berlin. Zwei Jahre Regierung von Union und FDP sind schon heute zu viel für unser Land. Die einstigen Wunschkoalitionäre streiten bei fast allen Themen – zum Nachteil der Menschen und zum Nachteil Deutschlands. Die wenigen politischen Initiativen, die überhaupt noch angestoßen werden, sind verheerend: Der unsinnige Ruf nach Steuersenkungen bei gleichzeitig hoher Staatsverschuldung, die massiven Kürzungen in der Arbeitsmarktpolitik, die Kopflosigkeit in der Außen- und Europapolitik.

Umso mehr freue ich mich darüber, dass seit Mai in Baden-Württemberg eine verantwortungsbewusste Politik von SPD und Grünen gemacht wird. Mit einer ökologischen und sozialen Erneuerung unserer Wirtschaft. Mit

einer Bildungspolitik, die Schüler, Eltern und Lehrer einbezieht. Mit einer Integrationspolitik, die den Namen verdient.

Ich möchte nicht verschweigen, dass es auch im Ländle Probleme gibt. Stuttgart 21 ist und wird nicht einfach. Aber wir werden keine Chaospolitik wie Schwarz-Gelb im Bund machen. Wir wollen in Ruhe und sachlich alle Fakten auf den Tisch bringen und dann gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern entscheiden. Das ist ein neuer Politikstil, dafür stehen wir Sozialdemokraten. Nach der Bundestagswahl 2013 soll dieser Politikstil dann auch im Bund wieder einziehen!

*Ihr
Josip Juratovic*



□ GLÜCKWUNSCH!

Die Arbeit der Unterländer SPD zahlt sich aus: In Stuttgart sind wir mit **Reinhold Gall** als Innenminister, mit **Ingo Rust** als Staatssekretär im Ministerium für Finanzen und Wirtschaft und mit dem neuen Landtagsabgeordneten **Rainer Hinderer** optimal aufgestellt!

INHALTSVERZEICHNIS

□ WAHLKREIS

Praxistage: Polizei, Pflege und Zeitungsredaktion 2

5. Aktionstag für Hauptschüler 3

□ BADEN-WÜRTTEMBERG

Wasserstraße Neckar 4

SPD und Gewerkschaften 4

□ INTEGRATION

Buch: Migranten in der Politik 5

Zu Besuch im Integrationsministerium 5

□ BERLIN

Interview: Halbzeit bis 2013 6

Arbeitnehmerfreizügigkeit 7

Gesunde Arbeitswelt schaffen 7

□ ZU GUTER LETZT

Impressionen meiner Arbeit 8

Impressum 8

SPD

Josip Juratovic informiert sich: Polizeirevier, Reha-Klinik und Zeitungsredaktion

Der Abgeordnete sammelte wichtige Praxiserfahrung, die er im Parlament braucht

Auch diesen Sommer hat Josip Juratovic genutzt, um sich als Arbeitsmarktpolitiker hautnah über die Situation vor Ort zu informieren. Er begleitete eine Nachtschicht im Polizeirevier Neckarsulm, erkundigte sich über den Alltag in der Bad Rappenauer Kraichgau-Klinik und besuchte die streikenden Journalisten der Heilbronner Stimme.

Berührungsängste kennt Juratovic als ehemaliger Fließbandarbeiter nicht: "Ich muss wissen, wie es dort aussieht, wo schwere und für die Gesellschaft wichtige Arbeit verrichtet wird." In Berlin ist er für Arbeits- und Gesundheitsschutz und die Humanisierung der Arbeitswelt zuständig. Die Praxiserfahrung, die er in seine politische Arbeit einbringt, erweitert er regelmäßig.

zu leisten hatten, auch auf persönlicher Ebene. Um so mehr begrüßen die Beamten, dass durch den neuen baden-württembergischen SPD-Innenminister Reinhold Gall die Zahl der Ausbildungsstellen von 800 auf 1.200 erhöht werden soll. Auch beim Thema Ausrüstung und Ausstattung setzen die Polizisten Hoffnungen in den neuen SPD-Innenminister. "Ich bin fasziniert, mit welcher Professionalität, Besonnenheit und Ruhe die Polizisten auch in schwierigen Situationen im Umgang mit den Menschen agieren", befand Juratovic am Morgen nach der Schicht.



Bei der Nachtschicht des Polizeireviers Neckarsulm.



Mit Chefarzt Dr. Peter Trunzer in der Kraichgau-Klinik.

Spannende Einblicke erwarteten Juratovic bei der Nachtschicht im Polizeirevier Neckarsulm, die er einmal quer durch den nördlichen Heilbronner Landkreis begleitete. "Auf einer Nachtstreife dabei zu sein, ist ein besonderes Erlebnis – da lernt man viele der un schönen Seiten des Lebens kennen", so Juratovic, der bei Verkehrsunfällen, ausgebrochenen Pferden, betrunkenen Randalierern und Routinekontrollen in der Alkohol- und Drogenszene assistierte. "Man staunt nicht schlecht, was alles für Notrufe bei der Polizei eingehen und wie viel man in nur einer Nacht unterwegs ist!"

Im Gespräch berichteten die Polizisten vor allem von den Einsparungen, die sie in den letzten Jahren

Ebensolche Professionalität erlebte Juratovic in der Kraichgau-Klinik in Bad Rappenau. Im Gespräch mit Juratovic zeigten sich viele Ärzte jedoch beunruhigt: Weil das Budget der Rentenversicherung für Reha-Maßnahmen gedeckelt ist, werden viele notwendige Kuren nicht bewilligt – mit negativen Folgen für die Klinik und die Gesundheit der Patienten. Chefarzt Dr. Peter Trunzer führte aus: "Wir brauchen Verlässlichkeit in der Planung. Um unser gutes Personal zu halten, können wir nicht von heute auf morgen je nach Kassenlage der Rentenversicherung agieren."

Die aktuelle Finanzpraxis schadet jedoch auch den Patienten, wie Juratovic weiß: "Wenn weniger Kuren bewilligt werden, schlägt sich das auf die Gesundheit zahlreicher Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nieder." Mit den Beschäftigten der Kraichgau-Klinik weiß sich Juratovic in seiner Forderung einig: "Es muss gelten: Reha geht vor Pflege. Wir müssen uns zuallererst darum kümmern, dass ein Mensch so lange wie möglich gesund bleibt!"

Juratovic betont aber auch: "Nicht nur die Reha ist wichtig, sondern auch, dass Arbeit gar nicht erst krank macht." Daher sieht er ein wichtiges Handlungsfeld in der zunehmenden Anzahl psychischer Erkrankungen durch Mehrbelastungen, Arbeitsverdichtung, Personaleinsparungen und Zeitdruck.

Unterstützung im Kampf um bessere Arbeitsbedingungen, auch um Erkrankungen zu vermeiden, sicherte Juratovic den sich im Streik befindenden Journalisten zu. Zahlreiche Redakteure der Heilbronner Stimme protestierten auf dem Kiliansplatz gegen eine Erhöhung



Josip Juratovic besucht die streikenden Redakteure der Heilbronner Stimme an ihrem Infostand auf dem Heilbronner Kiliansplatz.

der Arbeitszeit, die Streichung des Urlaubsgeldes und die Einführung eines Dumping-Tarifvertrags für Berufseinsteiger.

Juratovic hat vor, weiterhin regelmäßig solche Praxistage an verschiedenen Arbeitsplätzen durchzuführen: "Damit möchte ich meine Hochachtung vor allen Menschen ausdrücken, die für die Gesellschaft so wichtige Aufgaben wie Beschäftigte in der Reha, Polizisten und Journalisten ausüben!" Die Erfahrungen, die der SPD-Arbeitsmarktpolitiker vor Ort sammelt, nimmt er allesamt als Anregungen für seine politische Arbeit mit nach Berlin.

"Jeder Mensch hat besondere Talente"

An der Wilhelm-Hauff-Schule fand der 5. Aktionstag für Hauptschüler statt

Bereits zum fünften Mal warb der Initiativkreis "Hauptschülern eine Chance geben" im Rahmen eines Aktionstages für mehr Ausbildungsplätze für Hauptschulabsolventen.

Im Jahr 2007 hat der ehemalige Hauptschüler Juratovic mit zwei weiteren Hauptschulabsolventen den Initiativkreis gegründet: Schuldekan Gerhard Ruhl und Ludwig Müller, Schulleiter der Wartbergschule,

waren von Anfang an mit dabei. Gemeinsam mit der Liga der freien Wohlfahrtspflege, allen voran Rainer Hinderer von der Diakonischen Jugendhilfe und Hannes Finkbeiner von der Aufbaugilde, wurden in den vergangenen Jahren Ausbildungsmessen, Fortbildungen und Aktionstage veranstaltet.

In diesem Jahr fand der Aktionstag an der Wilhelm-Hauff-Schule statt. Aus dem letzten Abschlussjahrgang

fanden 40 Prozent der Hauptschüler keinen direkten Einstieg ins Berufsleben; sie wurden in Berufsvorbereitungsmaßnahmen vermittelt. Juratovic weiß, dass das für viele Jugendliche nicht motivierend ist: "Einige denken dann, dass die Gesellschaft sie und ihre Leistungen nicht braucht. Ich will den Jugendlichen hingegen vermitteln, dass jeder Mensch besondere Talente hat."

Am Aktionstag kam auch die 21-jährige Funda zu Wort, die vor sechs Jahren ihren Hauptschulabschluss an der Wilhelm-Hauff-Schule gemacht hatte: "Ich habe mich damals entschieden weiterzumachen. Bis zum Abitur!" Heute studiert sie Elektronikbusiness in Heilbronn. "Es ist wichtig, dass man für sich selbst lernt, an sich glaubt und sich Chancen sucht!" Juratovic ermuntert die Jugendlichen, sich nicht aufzugeben und sich Ziele zu setzen. "Aber ich appelliere auch an die Wirtschaft: Schaffen Sie genügend Ausbildungsplätze und entdecken Sie die Talente, die mit den Hauptschulabsolventen in Ihre Firmen kommen!"



Diese Abschlussklasse einer Hauptschule verdeutlicht, wie es um ihre Zukunft steht.



Union und FDP gefährden Neckarschleusen

In der Großen Koalition wurde der Schleusenausbau von der SPD durchgesetzt

Die schwarz-gelbe Bundesregierung gefährdet die Infrastruktur im Ländle: Verkehrsminister Ramsauer stellt den Ausbau der Neckarschleusen aus finanziellen Gründen in Frage.

Der Ausbau der Schleusen wurde in der Großen Koalition unter dem damaligen SPD-Verkehrsminister Wolfgang Tiefensee beschlossen. Die Neckarschleusen sollen verlängert werden, damit künftig auch Rheinschiffe mit einer Länge von 135 Metern auf dem Neckar fahren können. Das Verkehrsministerium hat nun verlautbaren lassen, dass der Neckar

nicht stark genug befahren sei, um einen solchen Ausbau zu rechtfertigen. "Das ist absurd", so Juratovic. Denn das Ministerium berechne einseitig nach den Tonnen, die auf dem Fluss verschifft würden. "In einer Anhörung des Verkehrsausschusses waren jedoch alle Experten der Meinung, dass wir hier solide Kosten-Nutzen-Rechnungen brauchen. Und keine willkürlichen Sparmaßnahmen aus dem Hause Ramsauer."

Juratovic weiß um die Bedeutung der Neckarschleusen: "Es ist umweltpolitisch sinnvoll, dass wir Verkehr von der Straße auf Schiene

und Wasser verlagern. Gerade in wirtschaftsstarken Regionen wie Baden-Württemberg brauchen wir dafür die Infrastruktur." Juratovic hatte daher während der Großen Koalition in Berlin nicht nur erfolgreich für die Verlängerung der Neckarschleusen gekämpft, sondern auch den Bau eines Containerterminals im Heilbronner Hafen durchgesetzt. Das Terminal befindet sich im Bau.

"Wenn Union und FDP die Verlängerung der Neckarschleusen in Frage stellen, gefährden sie Wohlstand und Arbeitsplätze in unserer Region!", warnt Juratovic.

SPD und Gewerkschaften nur gemeinsam stark

16 Jusos und junge Gewerkschafter diskutieren bei Seminar in Berlin



Zum zweiten Mal lud Josip Juratovic gemeinsam mit dem IG Metall-Vorstand zu einem Seminar über die Zusammenarbeit von Gewerkschaften und SPD nach Berlin ein.

Fünf junge Gewerkschafter und fünf Jusos aus Baden-Württemberg nutzten die Chance, um sich gegenseitig persönlich, aber auch die Institutionen kennen und verstehen zu lernen. Mit dabei waren auf Einladung des Bundestags-

abgeordneten Ullrich Meßmer auch sechs hessische Teilnehmer.

Juratovic, der SPD und Gewerkschaften aus langjährigem Engagement kennt, betonte: "SPD und Gewerkschaften sind nur stark, wenn sie zusammenarbeiten. Die Partei braucht den Rückhalt und die Erfahrungen der Gewerkschafter. Die Gewerkschaften müssen ihre Positionen sicher und verlässlich in die Politik tragen können." Juratovic steht als Bundestagsabgeordneter sowohl auf Bundesebene als auch regional in regem Austausch mit den Gewerkschaften. "Die Zusammenarbeit von SPD und Gewerkschaften ist heute leider nicht mehr selbstverständlich. Daher arbeite ich mit der Jugend aus Partei und Gewerkschaften zusammen."

Die Seminarleitung lag bei Frederic Striegler, stellvertretender Juso-Landesvorsitzender und IG Metall-Gewerkschaftssekretär in Karlsruhe, sowie Ivan Curkovic, ehemaliger Heilbronner Juso-Kreis-

vorsitzender und IG Metall-Gewerkschaftssekretär in Gaggenau. Die Teilnehmer des Seminars lernten zunächst die praktische Zusammenarbeit von SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Parteivorstand und dem Deutschen Gewerkschaftsbund kennen. Im Gespräch mit SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles wurden sie ermuntert, als Jugendliche mehr Einfluss in Partei und Gewerkschaft einzufordern.

Am zweiten Tag wurden in Workshops konkrete Projektideen erarbeitet, so beispielsweise ein regelmäßiger Referentenaustausch auf Juso-Veranstaltungen und Sitzungen der Ortsjugendausschüsse der IG Metall.

Josip Juratovic äußerte sich nach der Präsentation der Ergebnisse überzeugt: "Wir haben es geschafft, das Verständnis füreinander zu wecken. Ich freue mich, wenn wir in Zukunft von einigen gemeinsamen Projekten von Jusos und jungen Gewerkschaftern hören werden!"



Migrantenpolitiker suchen Normalität

Neues Buch ist erschienen: "Migranten in der deutschen Politik"

Mitten in der Debatte um Integration und Zuwanderung ist der wissenschaftliche Sammelband "Migranten in der deutschen Politik" erschienen. Neben Josip Juratovic haben sich weitere 17 Autoren mit dem Weg von Migranten in die Politik befasst.

Die Beiträge wurden alle vor der aufgeheizten Integrationsdebatte verfasst. Deswegen versachlichen sie die Diskussion über die Geschichte der Migration und das politische Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund.

Juratovics persönlich gehaltener Beitrag geht auf seine eigene Migrationsgeschichte ein. Seine ersten Schritte in Deutschland waren im Sommerlager des Gundelsheimer Roten Kreuzes: "Ich lernte sofort, dass die deutsche Sprache Eintrittsvoraussetzung war, um mit den

anderen Jugendlichen in Kontakt zu kommen. Ich nahm diese Herausforderung an." Mit der Sprache kamen der Freundeskreis und der gemeinsame Wunsch nach einem Jugendhaus in Gundelsheim. Nach fünf Jahren kommunalpolitischer Überzeugungsarbeit wurde dies Realität. Auf diese ersten politischen Erfahrungen folgten lange Jahre der Arbeit in der Gewerkschaft und der SPD – bis hin zum Bundestagsmandat im Jahr 2005.

Die Sozialwissenschaftlerin Devrimsel Deniz Nergiz von der Bielefeld Graduate School erforscht in ihrem Beitrag Biografien von Migranten in der Politik. In ihren Interviews ist sie immer auf den Wunsch gestoßen, dass gemeinsames Engagement von Migranten und Nicht-Migranten in der Politik zur Normalität werden sollte. Der Migrationshintergrund

sollte kein besonderes Merkmal mehr sein.

Auch Juratovic sieht dies so: "Ich werde in der Öffentlichkeit häufig auf meinen Migrationshintergrund angesprochen. Dabei bin ich in erster Linie Arbeitsmarktpolitiker und Vertreter meines Heilbronner Wahlkreises. Integrationspolitiker bin ich nur aus meinen eigenen Erfahrungen heraus."

Juratovic weiß: "Es ist wichtig, dass sich die zweite und dritte Generation der Migranten politisch hier engagiert. Wenn die Erfahrungen dieser Menschen in der Politik fehlen, gehen wichtige Ideen verloren!"

Das Buch "Migranten in der deutschen Politik", herausgegeben von Marvin Oppong, erschienen im Verlag für Sozialwissenschaften, ist im Buchhandel für 24,95 Euro erhältlich.



"Ausländische Abschlüsse hier anerkennen!"

Josip Juratovic zu Besuch bei Bilkay Öney, der Ministerin für Integration im Ländle

Baden-Württemberg ist das Bundesland mit dem höchsten Anteil an Einwanderern: 1,3 Millionen Menschen im Ländle haben keinen deutschen Pass, 2,7 Millionen Landesbürger haben einen Migrationshintergrund. "Deswegen brauchen wir ein Integrationsministerium", zeigt sich Josip Juratovic überzeugt.

In Stuttgart traf Juratovic seine Parteikollegin und Ministerin Bilkay Öney zum Antrittsbesuch. Öney erklärte, wie sie sich ihre Arbeit vorstellt: "Das neue Ministerium will den Integrationsprozess in Baden-Württemberg mit eigenen Initiativen gestalten. Wir wollen aber auch Einfluss auf die Integrationspolitik des Bundes nehmen."



Juratovic befasst sich im Bundestag insbesondere mit der Integration in den Arbeitsmarkt. Mit Öney will er sich daher bei integrationspolitischen Bundesratsinitiativen eng absprechen.

Die erste konkrete Zusammenarbeit ergibt sich bei der Anerkennung

ausländischer Berufsabschlüsse. Juratovic: "Auf Bundesebene beschäftigen wir uns seit Jahren damit, wie Migranten, die einen Berufsabschluss aus dem Ausland mitbringen, bei uns in ihrem erlernten Beruf eine Chance bekommen." In der Großen Koalition haben CDU/CSU ein entsprechendes Gesetz blockiert. Mittlerweile hat die Union dazugelernt und einen Gesetzentwurf auf den Weg gebracht. Öney möchte, sobald dieses Gesetz im Bund verabschiedet ist, ein Landesanerkenntnisgesetz schaffen. Darin sollen Regelungen für die Berufe getroffen werden, die in die Zuständigkeit des Landes fallen. Es geht dabei um Ingenieurs- und Erziehungsberufe sowie Lehrkräfte.



"Wie ist die politische Lage, Herr Juratovic?"

Josip Juratovic im Gespräch über die Arbeit der SPD-Bundestagsfraktion, die Politik der schwarz-gelben Bundesregierung und die aktuelle Wirtschaftslage

Herr Juratovic, die Bundestagswahl ist zwei Jahre her. Wie geht es der SPD in der Opposition?

Wir als SPD-Bundestagsfraktion haben die Zeit genutzt, um uns neu aufzustellen. Den Menschen ist wieder klar, dass die SPD zuallererst für Fairness auf dem Arbeitsmarkt steht: durch einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn. Durch eine Beteiligung der Arbeitnehmer am wirtschaftlichen Aufschwung. Durch das Prinzip "Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" – für Leiharbeiter und Stammbeslegschaft, Männer und Frauen, für Arbeitnehmer mit deutschem oder ausländischem Pass.

geworden. Für mich steht jedoch fest: Die SPD sollte nicht wegen der schlechten Politik von Union und FDP zu alter Stärke finden, sondern aufgrund der besseren politischen Konzepte.

Das beherrschende Thema ist derzeit die Euro-Krise. Was denken Sie bei all den Abgesängen auf unsere gemeinsame Währung und den immer neuen Rettungspaketen?

All die Pakete, die Frau Merkel mit Herrn Sarkozy schnürt, sind immer nur Minimallösungen. Was wir aber brauchen, ist ein beherztes Eingreifen

und keine dauernden Mini-Gipfel, deren Ergebnisse schon nach wenigen Tagen nicht mehr ausreichen. Denn besonders für unsere exportorientierte deutsche Wirtschaft gilt: Wenn der Euro hustet, kriegt Deutschland mindestens eine Erkältung, wenn nicht gar eine Lungenentzündung – das sieht man auch an dem aktuell schlechten Wachstum von nur 0,1 Prozent. Es ist aber wichtig, dass wir nicht den Kopf in den Sand stecken, sondern die Zukunft unserer Wirtschaft

im Blick haben. Produkte des täglichen Bedarfs und Zukunftstechnologien wie die erneuerbaren Energien sind wichtig, damit wir gut aus der Krise kommen – und dass wir das schaffen, daran hege ich keine Zweifel!

In der Arbeitsmarktpolitik gab es in letzter Zeit Erfolgsmeldungen: Noch nie hatte Deutschland eine so hohe Beschäftigungsquote. Kann die Bundesregierung die Hände in den Schoß legen?

Es stimmt: Die Arbeitsmarktzahlen zeigen, dass wir gut über die Wirtschaftskrise hinweggekommen sind – zumindest bisher. Denn was durch die derzeitige Eurokrise und das niedrige Wachstum auf uns zukommt, werden wir noch sehen. Man muss aber auch bei den schönen Zahlen genauer hinschauen: Von den 36 Millionen abhängig Beschäftigten sind über 13 Millionen Menschen in Teilzeitarbeit. Jede dritte Stelle, die bei der Arbeitsagentur gemeldet wird, ist in der Leiharbeit. 1,4 Millionen Menschen, darunter 300.000 Vollzeitbeschäftigte, müssen trotz Arbeit zusätzlich zum Sozialamt. Diese Zahlen verdeutlichen, dass das Jobwunder, von dem die Bundesregierung immer spricht, ein Jobwunder der prekären Beschäftigung ist. Hier dürfen Union und FDP nicht wegschauen!

Herr Juratovic, eine Frage, die in der Presse heiß diskutiert wird: Wer wird SPD-Kanzlerkandidat 2013?

Ach, wissen Sie: Das ist eine Diskussion der Medien. Wir haben in der SPD-Fraktion nicht darüber debattiert und werden dies auch nicht vor Ende 2012 tun. Denn für uns ist klar: Erst kommt die inhaltliche Arbeit, dann kommen die Personalfragen!

Nun macht die schwarz-gelbe Bundesregierung es Ihnen ja auch leicht, Kritik zu üben.

Natürlich – aus der vermeintlichen Wunschkoalition ist nach nur zwei Jahren an der Regierung eine Alptraum-Koalition



Das Interview führte Silvena Garelova (23) aus Bulgarien, die von März bis Juli 2011 als Internationale Stipendiatin des Deutschen Bundestages dem Team von Josip Juratovic angehörte.

Arbeitsmarkt geöffnet: Chancen und Risiken

Seit 1. Mai arbeiten Menschen aus Mittel- und Osteuropa unbeschränkt in Deutschland

Europa wächst zusammen: Seit dem 1. Mai 2011 dürfen alle Menschen aus den mittel- und osteuropäischen Staaten, die 2004 der EU beigetreten sind, ohne zusätzliche Arbeitsgenehmigung in Deutschland arbeiten.

Josip Juratovic ist Berichterstatter der SPD-Fraktion für die Arbeitnehmerfreizügigkeit. Er freut sich: "Es ist richtig, dass wir überall in Europa dort arbeiten können, wo wir möchten und wo wir gebraucht werden." Allerdings weiß Juratovic auch, dass viele Arbeitnehmer Unsicherheit verspüren: "Viele Menschen in unserem Land haben Angst, dass sie wegen billigerer Arbeitskräfte aus Mittel- und Osteuropa ihren Job verlieren."

Juratovic hat deswegen schon lange vor dem 1. Mai in einem Antrag für die SPD-Fraktion die Bundesregierung aufgefordert, politisch zu handeln. Es müssen Voraussetzungen

geschaffen werden, dass keine Verdrängung auf dem Arbeitsmarkt geschieht, sondern dass Zuwanderung eine Bereicherung für alle ist.

Dazu ist es notwendig, dass auf dem deutschen Arbeitsmarkt die gleichen Bedingungen für alle Arbeitnehmer gelten. Das beginnt bei dem Grundsatz "Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!", beinhaltet aber auch die Arbeitsbedingungen und Arbeitszeiten. "Nur dann ist gesichert, dass keine Arbeitnehmer aus Osteuropa zu Dumpinglöhnen bei uns arbeiten müssen und die deutschen Arbeitnehmer deswegen entlassen werden. Dann hat auch niemand Angst vor Zuwanderung", betont Juratovic, der in den 1970er und 1980er Jahren selbst Erfahrungen mit Migration auf dem Arbeitsmarkt gemacht hat.

Die schwarz-gelbe Bundesregierung habe die Warnungen jedoch ignoriert und die Hände in den Schoß gelegt,

so der SPD-Experte. "Die Bundesregierung hat es versäumt, unseren Arbeitsmarkt auf die Arbeitnehmerfreizügigkeit vorzubereiten. Statt Missbrauch vorzubeugen, wartet man erst mal ab. Das ist zynisch und wird den Menschen in Deutschland und Europa nicht gerecht!"

Der Antrag der SPD-Fraktion zur Arbeitnehmerfreizügigkeit ist als Drucksache 17/4530 erschienen und kann auf www.bundestag.de eingesehen werden.



Grenze zu Polen: Offen für Arbeitnehmer.

Strategien gegen psychische Erkrankungen

Arbeits- und Gesundheitsschutz: Arbeitsunfälle rückläufig, andere Erkrankungen nehmen zu

Lebensbedrohliche Unfälle an Arbeitsplätzen werden immer weniger. Dafür gibt es neue Berufskrankheiten: Psychische Erkrankungen und Muskel-Skelett-Krankheiten, besonders im Rückenbereich, nehmen zu.

Josip Juratovic findet diese Entwicklung alarmierend: "Ich weiß aus eigener Erfahrung im Betrieb und aus vielen Gesprächen, dass die Veränderungen in der Arbeitswelt für viel Stress sorgen." In der Produktion ist dies die dauernde Leistungsoptimierung, die an jedem Arbeitsplatz stattfindet, um die Produktionskosten zu senken. An anderen Arbeitsplätzen sind die Arbeitnehmer verpflichtet, durch Handy und Internet dauernd

erreichbar zu sein, sodass die Grenze zwischen Arbeit und Privatleben immer mehr verschwimmt.

Daraus resultieren psychische Erkrankungen, die neben Rückenleiden das aktuell größte Problem darstellen. Juratovic ist für die SPD-Fraktion Berichterstatter für Arbeits- und Gesundheitsschutz. Er fordert die Bundesregierung auf, neue Konzepte zu entwickeln: "Wir brauchen eine Zusammenarbeit von Arbeitgebern, Arbeitnehmern, Krankenkassen und Unfallversicherung. Gemeinsam müssen innovative Arbeitszeitmodelle und Ideen für bessere Arbeitsbedingungen erarbeitet werden. Wichtige Punkte dabei sind Arbeitsintensität, Pausen und Ar-

beitsplatzgestaltung." Bislang passiert jedoch nicht viel. Im schwarz-gelben Koalitionsvertrag wird Arbeits- und Gesundheitsschutz nicht erwähnt, im Regierungshandeln wird nur geredet, jedoch nichts angepackt.

Juratovic: "Ich setze mich dafür ein, dass die psychische Gesundheit im Rahmen der Gemeinsamen Deutschen Arbeitsschutzstrategie von Bund, Bundesländern und Unfallversicherung verstärkt thematisiert wird. Denn für mich ist klar: Wir brauchen Arbeitsbedingungen, die es erlauben, dass man seine Freizeit und später seine Rente genießen kann und nicht krank aus der Arbeit ausscheiden muss!"





Zu Besuch im Eppinger Jugendhaus.



"Respekt! Kein Platz für Rassismus" - gemeinsames Bekenntnis mit Jusos und jungen Gewerkschaftern.



INFOPOST
Ein Service der Deutschen Post



Kundgebung für den Mindestlohn. Gemeinsam mit der designierten Generalsekretärin der Landes-SPD, Katja Mast.



Gespräch über Tarifverträge: Mit Dr. Sabine Fandrych (Friedrich-Ebert-Stiftung), Nikolaus Landgraf (DGB-Landesvorsitzender), Dr. Thorsten Schulten (Hans-Böckler-Stiftung).



Mit IHK-Vertretern auf dem Reichstag: Dr. Helmut Kessler (stv. Hauptgeschäftsführer, Oliver Durst (Vize-Präsident), Walter Greul (Astrum IT).



Arbeitsmarktkonferenz der SPD-Fraktion mit Birgitt Wölbing (Arkus) und Hannes Finkbeiner (Aufbaugilde).



Mit Landesinnenminister Reinhold Gall und dem stv. Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion Hubertus Heil bei Kaco-Geschäftsführer Ralf Hofmann.



EU-Projekttag an der Heilbronner Wartbergsschule mit Rektor Ludwig Müller.



Frank-Walter Steinmeier in Neckarsulm: OV-Vorsitzender Roland Stammler, Bürgermeister Klaus Grabbe mit Ehefrau Katja, Landesinnenminister Reinhold Gall.



Mädchenzukunftstag in Berlin mit Frank-Walter Steinmeier und Belinda Heltzer (Eppingen-Mühlbach).



Landtagswahlkampf mit dem Berliner Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit und Sibylle Mösse-Hagen (Heilbronner SPD-Fraktionsvorsitzende).



Menschenkette gegen Atomkraft: Ludwigsburgs SPD-Kreisvorsitzender Thorsten Majer, Tanja Majer, Juso-Bundesvorsitzender Sascha Vogt, Max Träger, Thomas Utz, Juso-Landesvorsitzender Frederick Brütting.



Kontakt und Impressum:
Bürgerbüro Josip Juratovic
Untere Neckarstraße 50
74072 Heilbronn
josip.juratovic@wk.bundestag.de
Tel.: 07131/783616
Fax: 07131/783615
www.juratovic.de

Redaktion: Antonia Fleischmann, Jürgen Gräner, Josip Juratovic (V.i.S.d.P.), Kira Sagner, Ines Schmiedl, Christian Steg, Isabel Straka
Konzeption & Layout: Antonia Fleischmann, Christian Steg
Druck: Graphische Anstalt Link, Heilbronn
Auflage: 5.000



SPD-Jahresempfang in der Heilbronner Harmonie: Mit Staatssekretär Ingo Rust und dem früheren VfB-Präsidenten Erwin Staudt.

Wer regelmäßig nach jeder Sitzungswoche über Josip Juratovics Arbeit in Berlin informiert werden möchte, kann den Berlin-Brief per E-Mail abonnieren. Bei Interesse bitte das Bürgerbüro kontaktieren!

Bildnachweise: Reinhold Gall (1), Ingo Rust (1), Rainer Hinderer (1), pixello.de/Steffen Hellwig (7), Richard Mall (8), IG Metall (8), Team Juratovic.

Reisegruppe aus dem Wahlkreis zu Besuch in Berlin, Juli 2011.

